



Ein Jahr nach Fukushima – Ist die Energiewende schon am Ende?

Am 11. März 2011 bebte vor der japanischen Küste die Erde. Der dadurch ausgelöste Tsunami überflutete weite Teile Japans und kostete mindestens 15.000 Menschen das Leben. Zugleich löste die Riesenwelle eine Nuklearkatastrophe mit mehreren Kernschmelzen im Atomreaktor Fukushima Daiichi aus. Nur wenige Tage später ließ die Bundesregierung mit dem „Atom-Moratorium“ die acht ältesten und unsichersten Atomkraftwerke in Deutschland vorübergehend abschalten. Anfang Juni beschloss die Bundesregierung ein Gesetzespaket zur „Energiewende“, das die schrittweise Stilllegung aller deutschen Atomkraftwerke (AKW), den verstärkten Ausbau der erneuerbaren Energien, den Umbau der Stromnetze und die Förderung der Energieeffizienz umfasste. Ein Jahr nach der Katastrophe von Fukushima zieht der NABU eine erste Zwischenbilanz der Energiewende in Deutschland.

Doch nicht so ernst gemeint?

Im Frühjahr 2011 hatte man den Eindruck, Deutschland würde energiepolitisch auf den Kopf gestellt. Doch so viel hat sich gegenüber der Zeit vor Fukushima bislang nicht geändert: Zwar sind acht von 17 AKWs ein für allemal abgeschaltet und der Atomstrom-Anteil ist dementsprechend um fast ein Viertel zurückgegangen. Doch ohne die im Herbst 2010 von der gleichen Bundesregierung durchgesetzten Laufzeitverlängerungen und das Taktieren der Energiekonzerne wäre Deutschland heute beim Atomausstieg fast genauso weit. Und viele Ankündigungen der schwarz-gelben Bundesregierung warten auch ein Jahr nach der Reaktorkatastrophe in Japan noch auf ihre Umsetzung. An einigen Stellen dreht Schwarz-Gelb das Rad offenbar wieder zurück: So blockiert die Bundesregierung Fortschritte durch eine europäische Energieeffizienz-Richtlinie, drängt die Photovoltaik (PV) aus dem Strommarkt und kürzt womöglich beim Gebäudesanierungsprogramm anstatt es zu erhöhen. Es scheint, als sei die Energiewende bereits zu Ende, bevor sie

überhaupt richtig an Fahrt gewonnen hat. War es am Ende doch nicht so ernst gemeint, was die Bundesregierung alles im letzten Jahr vollmundig verkündet hat?

Fakt ist: Die Schreckensszenarien von Stromausfällen, explodierenden Strompreisen und massiven Atomstromimporten aus dem Ausland haben sich nicht bewahrheitet. Genauso wenig wurden jedoch die Ankündigungen von steigenden Fördermilliarden und neuen Steueranreizen für die energetische Gebäudesanierung Wirklichkeit. Damit zeigt sich: Gerade bei der Förderung der Energieeffizienz – dem Schlüssel für eine ökologisch und ökonomisch gelingende Energiewende – klaffen Worte und Taten auch ein Jahr nach Fukushima weit auseinander.

Der befürchtete Black-Out: Ausgeblieben!

Für die Gegner der Energiewende war das Schreckgespenst von Anfang an klar: Wenn die AKWs vom Netz

genommen werden, geht früher oder später das Licht aus. Zwölf Monate und einen zeitweise sehr strengen Winter später hat sich dies nicht bewahrheitet: Wenn die Netzstabilität einmal ernsthaft bedroht war, dann lag dies an der „Zockermentalität“ von einzelnen Stromhändlern. Diese hatten bei vorübergehend hohen Börsenstrompreisen weniger Strom vorbestellt, als sie eigentlich brauchten und sich dann aus den Sicherheitsreserven für die Regenergie bereichert. Auch auf Netto-Stromimporte war Deutschland nicht angewiesen: Die erneuerbaren Energien, deren Anteil in 2011 auf knapp 20 Prozent der Stromerzeugung empor-schnellte und bislang für den Export eingesetzte fossile Kraftwerkskapazitäten haben den weggefallenen Atomstromteil weitgehend problemlos ersetzt. Unter dem Strich ist Deutschland sogar Stromexporteur geblieben. Dabei hat – Ironie der Geschichte – Solarstrom aus Deutschland in den eisigen Winterwochen das atomstromabhängige Frankreich mit seinem hohen Anteil von Elektroheizungen vor dem Black-Out bewahrt.

Steigende Stromkosten: Vor allem weil die Industrie entlastet wird!

„Durch die Energiewende explodieren die Stromkosten“ – so lautete der zweite Teufel, den die Anhänger von Atom und Kohle an die Wand malten. Die Realität: Zwölf Monate später haben sich die Börsenstrompreise längst wieder auf dem Niveau vor der Reaktorkatastrophe in Japan eingependelt. Auch die EEG-Umlage, die den Ausbau der erneuerbaren Energien finanziert, ist nur geringfügig gestiegen. Dass die Strompreise der Verbraucher in diesen Monaten dennoch steigen – und wohl auch künftig weiter anziehen werden – hat andere Gründe: Die Bundesregierung hat zahlreiche stromintensive Unternehmen von der EEG-Umlage und den Netzentgelten befreit. Die Folge: die Kosten für den Umbau der Energieversorgung werden auf immer weniger Schultern verteilt, die Bürgerinnen und Bürger bezahlen die Energiewende fast allein. Und das obwohl gerade die Industrie vom Ausbau der Photovoltaik profitiert: Die hohe Einspeisung von Sonnenstrom in den Mittagsstunden senkt die Spitzenlastpreise an der Strombörse deutlich.

Auch der für die kommenden Jahre zu erwartende Anstieg der EEG-Umlage wird nur zu einem sehr geringen Anteil auf höhere Vergütungszahlen für den Strom aus Windrädern, Biogasanlagen und PV-Modulen zurückzuführen sein. Denn die o. g. Aus-

nahmen für die Wirtschaft schlagen in künftigen Jahren vollständig zu Buche und die Mitnahmeeffekte durch die 2012 in Kraft getretene Marktprämie drohen die EEG-Umlage unnötig weiter zu verteuern.

Steueranreize für energetische Gebäudesanierung: Blockade im Bundesrat.

Der Deutschen liebstes Hobby, Steuern sparen, für den Klimaschutz nutzen – das ist die gute Idee hinter dem Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden. Leider wurde gerade dieses Gesetz als einziges aus dem Energiewende-Paket der Bundesregierung vom Bundesrat abgelehnt. Denn die Bundesländer befürchten zu hohe Steuerausfälle. Dabei zeigen zahlreiche Untersuchungen, dass die zusätzlichen Sanierungsinvestitionen auf der anderen Seite zu erheblichen Mehreinnahmen bei Steuern und Sozialabgaben führen. Seitdem schieben sich Regierungskoalition und Bundesrat gegenseitig den Schwarzen Peter zu. Die Sanierungstätigkeit erlahmt derweil völlig – denn alle Hausbesitzer warten auf die versprochenen Steueranreize. Daher braucht es umso dringender eine Einigung von Bund und Ländern auf einkommensunabhängige Steuerabzugsmöglichkeiten für Eigenheimbesitzer und Vermieter, wenn diese ihr Gebäude so sanieren, dass es hohe Energieeffizienz-Standards erreicht.

Das Dilemma des Energie- und Klimafonds: Plötzlich fehlt das Geld.

Bundesbauminister Peter Ramsauer erklärte sie zur festen Bank: 1,5 Milliarden Euro Fördermittel für die KfW-Gebäudesanierungsprogramme in 2012 – eingestellt im Energie- und Klimafonds (EKF). Wenn schon die versprochenen Steueranreize für Gebäudesanierung im Vermittlungsausschuss versanden, dann sollte sich die Politik wenigstens beim KfW-Programm als verlässlich und handlungsfähig erweisen. Und dann? – Gibt die Bundesregierung Anfang 2012 auf Nachfrage kleinlaut zu, dass dieses Jahr wohl nur 900 Millionen Euro Fördermittel zur Verfügung stehen werden! Das wäre sogar weniger – und nicht mehr – Geld als 2011. Selbst wenn die jüngsten Ankündigungen des Koalitionsgipfels, die Fördersumme wieder auf 1,5 Milliarden anzuheben, Realität werden sollte: Notwendig wäre deutlich mehr – nämlich mindestens zwei bis drei Milliarden pro Jahr. Und: In den anderen Titeln des EKF fehlt das Geld dann umso mehr.

Der Grund für die Kürzungen: Im EKF steckt schlicht zu wenig Geld, denn der EU-Emissionshandel erbringt nicht die Einnahmen, mit denen die Bundesregierung kalkuliert hatte. Weil sich das ambitionslose EU-Klimaziel von minus 20 Prozent (gegenüber 1990) nach der Wirtschaftskrise fast von selbst erreicht, existieren schlicht zu viele Emissionsrechte auf dem Markt. Ihr Preis fällt ins Bodenlose. Damit bricht eine wesentliche Geldquelle zur Förderung der Gebäudesanierung – auch der Energiewende insgesamt – ein.

Doch nicht nur das: Auch die europäischen Klimaziele sind – nur wenige Monate nach der teilweise erfolgreichen UN-Klimakonferenz in Durban – akut in Gefahr. Der Emissionshandel soll schließlich vor allem die Menge des CO₂-Ausstoßes in Europa wirksam begrenzen und Anreize für Investitionen in kohlenstoffarme Technologien setzen. Verschiedene Ökonomen und Umweltexperten halten einen CO₂-Preis von mindestens 25 bis 30 Euro je Tonne für erforderlich, damit der Umbau hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft gelingen kann.

Die Bundesregierung hat es auch nach dem Start der nationalen Energiewende versäumt, sich in Europa eindeutig für eine umgehende Erhöhung des EU-Klimaziels auf minus 30 Prozent Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 und verbindliche Zwischenziele auf dem Pfad bis 2050 einzusetzen. Wenn sich dies nicht schnellstmöglich in 2012 ändert, wird der Emissionshandel in den nächsten Jahren aufgrund der riesigen Zahl an nicht benötigten CO₂-Zertifikaten kollabieren. Investitionen in klimafreundliche Technologien lohnen sich dann nicht mehr – und für staatliche Energieeffizienz- und Klimaschutzprogramme in Deutschland fehlen die Einnahmen.

EU-Effizienz-Richtlinie: Erst sprachlos, dann auf der Bremse!

Die Energiewendegesetze waren im deutschen Parlament noch nicht verabschiedet, da legte im Juni 2011 die EU-Kommission ihren Entwurf für eine Energieeffizienz-Richtlinie vor. Doch anstatt den Ball aus Brüssel aufzunehmen und an einem ehrgeizigen europäischen Rahmen für Energieeinsparung mitzuwirken, war aus Berlin monatelang nichts zu hören. Denn das Wirtschafts- und Umweltministerium waren sich nicht einig, wie das innovative Instrument eines Effizienz-Auftrags für Energieversorger zu bewerten sei. Damit würden Energieversorgungsunternehmen verpflichtet, ihren Kunden künftig nicht nur Energie zu verkaufen,

sondern auch selbst oder durch Dritte Energiesparservices anzubieten – das mit Abstand effektivste Instrument im Entwurf der Effizienz-Richtlinie.

Im Februar 2012 verständigten sich die Minister Rösler und Röttgen schließlich auf eine gemeinsame Haltung: Wirksame Instrumente wie der Effizienz-Auftrag sollen ins Belieben der nationalen Regierungen gestellt werden. Verbindlich würde im schlimmsten Fall nur ein relatives Effizienzziel, das den Energieverbrauch gar nicht absolut begrenzt. Damit ist Deutschland nun nicht mehr sprachlos in Brüssel, dafür aber isoliert: Die Bundesregierung stellt sich gegen den eigenen EU-Kommissar Günther Oettinger sowie den federführenden Industrieausschuss des EU-Parlaments, der bereits, mit Votum zahlreicher konservativer wie liberaler EU-Parlamentarier einen Kompromiss ausgehandelt hat. Die Bundesregierung sollte ihre Haltung schnellstens überdenken und sich in Brüssel für eine zügige Verständigung auf eine Effizienz-Richtlinie mit verbindlichen Zielen *und* Maßnahmen noch im ersten Halbjahr 2012 einsetzen. Kern der Richtlinie müssen ein wirksamer Effizienz-Auftrag für Energieversorger, Sanierungsvorgaben für drei Prozent der öffentlichen Gebäude und der bedarfsgerechte Ausbau der dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung sein.

Zukunft der Photovoltaik: Ausgebremst, wenn es richtig günstig wird.

In 2011 wurden so viele PV-Anlagen in Deutschland installiert wie nie zuvor. Doch statt die Chancen auf eine günstige Versorgung mit Solarstrom zu wahren, tut die Bundesregierung nun alles dafür, die Nutzung dieser Technologie in Deutschland so weit wie irgend möglich auszubremsen.

Ende Februar verabschiedete das Kabinett einen Gesetzentwurf, mit dem kurzfristig die Vergütungssätze für Solarstrom um über 30 Prozent zusätzlich gekürzt werden sollen. Gerade weil die Kosten der PV seit Jahren stärker sinken als bei allen anderen erneuerbaren Energien, sollte die Bundesregierung jetzt die Weichen für eine intelligent gesteuerte Nutzung von Solarstrom bis 2020 stellen. Stattdessen soll der Ausbaupfad zunächst halbiert und dann ab 2017 auf etwa ein Zehntel des jetzigen Niveaus heruntergefahren werden. Anscheinend wird hier dem Druck der konventionellen Energiewirtschaft nachgegeben, der zu viel Solarstrom im Netz zunehmend das Geschäft vermasselt. Die unliebsame Konkurrenz wird man daher nur los, wenn man die PV genau dann aus dem EEG-

Vergütungssystem drängt, wenn sie dort für den Verbraucher kaum noch zusätzliche Kosten verursacht. Der Solarboom aufgrund der Auswüchse bei den Einspeisevergütungen in den letzten Jahren hat beträchtliche Altschulden in der EEG-Umlage verursacht, die man aber nicht mit Einschnitten bei der künftigen Förderung rückgängig machen kann. Mit Verbraucherschutz lassen sich die völlig überzogenen Maßnahmen der Bundesregierung daher nicht begründen.

Mit der Novelle soll erstmals nicht mehr der gesamte erzeugte Strom aus einer PV-Anlage vergütet werden. Was von der Bundesregierung als – zumindest bei kleinen Dachanlagen durchaus sinnvolle – Förderung des Eigenverbrauchs verkauft wird, ist im Kontext dieser Politik eher eine versteckte Zusatzkürzung der Vergütungssätze. Ohne eine gezielte Förderung von intelligenten Speichermöglichkeiten und veränderter Spielregeln auf dem Strommarkt wird es ohnehin nicht gelingen, größere Mengen an nun kostengünstigem Solarstrom erfolgreich zu vermarkten. Noch problematischer ist jedoch, dass die Bundesregierung künftige Vergütungsänderungen durch bloße Verordnung ohne Zustimmung des Bundestags kurzfristig verfügen will. Dabei waren die letzten Änderungen am EEG erst wenige Wochen zuvor, am 1. Januar 2012 in Kraft getreten. Investitionssicherheit sieht anders aus!

Netzausbau: Transparentes Verfahren, unklares Ergebnis.

Mit der Reform des Energiewirtschaftsgesetzes und dem neuen Netzausbau-Beschleunigungsgesetz, die mit dem Energiewende-Paket im vergangenen Sommer verabschiedet wurden, wollte die Bundesregierung aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. 2009 hatte sie noch schlicht und einfach die Berechnungen der Deutschen Energieagentur per Energieleitungs-

Ausbaugesetz (EnLAG) zum vordringlichen Netzausbau-Bedarf erklärt. Mittlerweile ist sie vorsichtiger und lässt den genauen Bedarf an neuen Leitungen für die Energiewende in einem transparenten Prozess ermitteln, an dem auch die Umweltverbände beteiligt werden. Ob das Resultat letztlich überzeugt, kann derzeit noch nicht bewertet werden, aber immerhin lassen sich Behörden und Netzbetreiber nun genauer auf die Finger schauen.

Leider hakt es nichtsdestotrotz an vielen Ecken und Enden. Für die alten, im EnLAG verabschiedeten Netzausbauprojekte gelten die neuen Regeln zur Bedarfsprüfung und für mehr Transparenz im Planungsverfahren noch nicht. Nicht zuletzt deshalb kommen diese Vorhaben weiterhin kaum voran: Erst rund 100 von 950 Kilometer sind realisiert. Es ist klar, dass auch darüber hinaus die Stromnetze weiter aus- und umgebaut müssen, um auf die steigende Einspeisung vor allem von Wind- und Solarstrom ausgerichtet zu sein. Dabei muss aber den Belangen von Mensch und Natur ausreichend Rechnung getragen werden – durch den Einsatz neuer Technologien, einer verstärkten Bündelung und der sorgfältigen Planung neuer Trassen. Ob die neuen Rahmenbedingungen dafür geeignet sind, muss sich noch erweisen.

Fazit

Aus vollem Herzen setzt sich die derzeitige Bundesregierung offenbar nicht für die Energiewende ein. Viele angekündigte Maßnahmen und Projekte sind Ankündigungen geblieben. Dort, wo bestehende Strukturen gefährdet scheinen und die Lobbys der Energiekonzerne und Industrie protestieren – sei es bei der Effizienz-Richtlinie, der Solarförderung oder dem europäischen Klimaziel – dort scheut die Bundesregierung eine echte Energiewende.

Kontakt

NABU-Bundesverband, Carsten Wachholz, stellv. Fachbereichsleiter Umweltpolitik und Naturschutz
Tel. 030-284984-1617, E-Mail: Carsten.Wachholz@NABU.de

Impressum: © 2012, Naturschutzbund Deutschland (NABU) e.V.
Charitéstraße 3, 10117 Berlin, www.NABU.de. Text: E. Große Ruse, C. Wachholz, Fotos: Fotolia/C. Otte, Pixelio/G. Schönemann, Fotolia/pikealot, 03/2012